

Unsere Forderungen in der Übersicht:

- x Die Würdigung des Versammlungsrechts und eine öffentliche Debatte
- x Verständlichkeit, Bestimmtheit und Normenklarheit der Versammlungs- und Meinungsfreiheit über alle Ländergrenzen hinweg
- x Die Beachtung und Bewahrung von Würde und Recht aller Beteiligten
- x Die Entbürokratisierung des Grundrechts auf freie und friedliche Versammlung
- x Ein moderner Umgang mit persönlichen Daten
- x Gleiches Recht für alle: Für alle Bürger und für "Linke" wie für "Rechte"
- x Erziehung zu Demokratie und Förderung von Demokratieverständnis und der Bereitschaft zu friedlichem Protest

„Es ist wahrscheinlich, daß die Einschränkung des Demonstrationsrechts ein weiterer Schritt ist, die Bewußtlosigkeit der Menschen von dieser Gesellschaft, was wirklich vorgeht, was die Wirklichkeit ist, zu vergrößern. Eine Gesellschaft aber, die kein Bewußtsein mehr von ihren eigenen Konflikten hat, die auf Verdrängung beruht, brütet im Dunkeln gefährliche Aggressionspotentiale aus.“
(Oskar Negt, em. Professor der Soziologie der Universität Hannover, 1981)

„Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“
(Otto Brenner, Gewerkschafter und Politiker aus Hannover, 1968)

Niedersachsen soll ein neues Versammlungsgesetz bekommen!

Nach der Föderalismusreform in 2006 darf nun jedes Bundesland ein eigenes Gesetz zur Einschränkung und Regelung der Versammlungsfreiheit erlassen.

Das soll nun auch in Niedersachsen passieren und deswegen müssen alle in der Praxis davon Betroffenen endlich anfangen, miteinander zu reden!

Darüber, wie der derzeitige Umgang zwischen Behörde und Versammlungsveranstalter ist.

Und darüber, wie die Praxis von vielen Demonstrationen heutzutage aussieht: Provokation, Beleidigung und tätliche Angriffe auf Polizisten auf der einen Seite, aber auch gleichfalls Provokation, diskriminierender Umgang, grundrechtsverletzende Auflagen und Gewaltübergriffe gegenüber den Demonstranten auf der anderen Seite.

Alles muss offen besprochen und diskutiert werden, um gemeinsam einen gute und gerechte Ausführung des neuen Versammlungsgesetzes zu erzielen.

Darum haben Sie nun dieses Thesenpapier in der Hand, in dem wir unsere Vorstellungen und Erfahrungen in Thesen, Wünschen und Forderungen darlegen und zur - von uns schon seit langem geforderten - öffentlichen und sachbetonten Debatte über die zukünftige Gestaltung und Bedeutung eines der wesentlichsten Grundrechte einer Demokratie anregen möchten!

Ausführliche und aktuelle Informationen und Materialien zum Thema finden Sie unter:

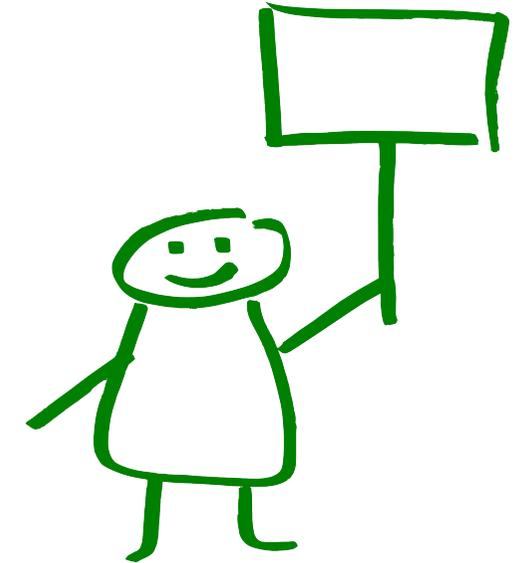
<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Herausgeber dieses Blattes:

AK Vorrat, Ortsgruppe Hannover
Stand: Dezember 2009
<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Mehr Infos zum Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung:
www.vorratsdatenspeicherung.de

V.i.S.d.P.
Michael Ebeling, Kochstraße 6, 30451 Hannover,
micha_ebeling@gmx.de



Demokratie braucht Versammlungsfreiheit

Thesenpapier
des AK-Vorrat Hannover
zum neuen niedersächsischen
Versammlungsgesetz

Die Würdigung des Versammlungsrechts und eine öffentliche Debatte

- Wir wünschen uns eine Herausstellung und Wieder-Deutlichmachung der Bedeutung von Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit für eine Demokratie.
Demonstranten und Protestierende dürfen per se nicht als Querulanten oder gewaltbereite Störer vorverurteilt werden. Das Wahrnehmen der bürgerlichen Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit muss von seinem verruchten Ansehen befreit werden.
- Das unverengte Recht auf Demonstration ist ein wesentliches politisches Kommunikationsrecht, das es dem Volk als Souverän ermöglicht, aus seiner ansonsten erzwungenen Passivität heraus zu treten.
„Der aktive Umgang mit der Realität, der spontane Ausdruck von eigenen Bedürfnissen, das sind identitätsbildende Elemente und kein Luxus, auf den man verzichten könnte.“
(Oskar Negt, 1981)
- Deswegen ist es wichtig, dass eine Neugestaltung des Versammlungsrechts von einer breit angelegten gesellschaftlichen Debatte begleitet wird. Und genau das muss auch vom Gesetzgeber gewünscht und gefördert werden.
Wir verlangen das Ende der Geheimniskrämerei um das neue Versammlungsgesetz!

Verständlichkeit, Bestimmtheit und Normenklarheit der Versammlungs- und Meinungsfreiheit über alle Ländergrenzen hinweg

- Weg von der "Verlängerung" des Versammlungsrechts!
Diese Zersplitterung des Grundrechts verunsichert die Menschen, die keine eindeutigen bundesweit gültigen Leitlinien mehr erkennen können. Außerdem erschwert sie die Arbeit der Polizisten über Ländergrenzen hinaus.
- Ein Versammlungsgesetz muss ebenso leicht lesbar und verständlich wie einfach und klar gestaltet werden. Jeder Bürger sollte anhand eines eindeutigen und nachvollziehbaren Gesetzestexts verstehen können, wo die Freiräume und die Grenzen des Grundrechts auf Versammlung sind. Dazu gehört auch die so genannte Normenklarheit, die auf die Verwendung nicht eindeutiger oder schwammiger Begriffen verzichtet.

Die Beachtung und Bewahrung von Würde und Recht aller Beteiligten

- Polizisten und Demonstranten sind Menschen und sollten sich gegenseitig als solche achten.
- Wir benötigen eine breite Diskussion unter Mitwirkung aller Gruppen und auf gleicher Augenhöhe um darüber zu sprechen, wie Provokationen, Konfrontationen und Vorurteile abgebaut und verhindert werden können.
Das verlangt von allen Seiten ein beträchtliches Maß an Dialogbereitschaft und guten Willen und die Schaffung einer gemeinsamen Sprachebene.
Das Hinzuziehen von neutralen und unabhängigen Sozialwissenschaftlern und Mediatoren wäre eine sinnvolle Maßnahme dafür.
- Genauso wie bei Demonstranten müssen aber auch die Übergriffe seitens einzelner Polizisten ernst genommen und gerecht untersucht werden.
Dazu ist eine pseudonyme Kennzeichnung der Polizeibeamten notwendig. Pseudonym heißt, dass die Kennzeichnung mit einer wechselnden Zahl oder Codierung erfolgt, so dass die Polizisten keine persönliche Verfolgung befürchten müssen. Für die polizeibehördeninterne Kommunikation befürworten wir die Einrichtung einer Whistleblowing-Initiative.

Die Entbürokratisierung des Grundrechts auf freie und friedliche Versammlung

- Wir sind gegen eine ordnungspolitische bürokratische Verengung der Versammlungsfreiheit!
- Eine Versammlung, eine Demonstration, eine Streik- oder Mahnwache muß nicht genehmigt, sondern nur angemeldet werden.
Diese Grundvorschrift darf nicht durch ein mit Vorschriften und Regelungen überfrachtetes Regelwerk missachtet und hintergangen werden.
- Weniger Regelungstiefe tut gut: Kleinst- und Kleinversammlungen (mit bis zu zwanzig Teilnehmern) sollen von der Anmeldepflicht ausgenommen werden. Kein Verbot von Flashmobs!
- Es darf kein grundsätzliches Vermummungsverbot mehr geben. Nur wenn reale und zu belegende Tatsachen unzweifelhaft darauf hinweisen, dass Demonstrationen zu gewalttätigen Zwecken missbraucht werden, soll in der Situation vor Ort und räumlich scharf begrenzt ein solches Verbot ausgesprochen werden dürfen.

Ein moderner Umgang mit persönlichen Daten

- Demokratie zeichnet sich durch Informationsverzicht aus!
In diesem Zusammenhang heißt das: Es ist eine Ungeheuerlichkeit, im Gesetz festschreiben zu wollen, dass die persönlichen Daten aller eingesetzten Ordner verlangt und gespeichert werden dürfen. Auf diese Art und Weise werden Bürger eingeschüchert und Meinungskundgebungen verhindert.
- Die anonyme Teilnahme an einer friedlichen Demonstration muss erlaubt sein und ermöglicht werden.
- Es darf auch nicht sein, dass polizeiliche Videoaufzeichnungen (wie heute leider häufig üblich, wenn auch nicht erlaubt) durchgeführt werden, ohne dass es hierfür einen hinreichenden Grund gibt. Diese Verhaltensmuster müssen offen angesprochen und in Zukunft vermieden werden.
Denn nur wer keine Angst vor Nachteilen für Familie, Arbeit und Leben zu befürchten hat, wird seine Meinung frei und unabhängig äußern. Wie kann so etwas in Zukunft verhindert werden? Darüber muss gesprochen und sachlich gestritten werden.

Gleiches Recht für alle: Für alle Bürger und für "Linke" wie für "Rechte"

- Auch wenn es vielen Lesern nicht gefallen mag: Das starke Grundrecht auf freie und friedliche Versammlung steht allen zu - auch rechts- und linksextremen Gruppierungen - solange Würde und Grundrechte anderer Menschen nicht verletzt werden.

Erziehung zu Demokratie und Förderung von Demokratieverständnis und der Bereitschaft zu friedlichem Protest

- Eine demokratische Gesellschaft ohne Demokraten kann es nicht geben. "Demokratie als Lebensform" muss Maßstab politischen Handelns werden und zwar für alle Menschen ganz konkret erfahrbar und unter Streichung und Weglassung aller politischen Floskelhaftigkeit.
- Demokratie muss in Schule und Beruf, in Universitäten, Büros und Betrieben gelebt, gefühlt und praktiziert werden. Es geht nicht um beispielhaftes "Vorleben" oder "Vorführen" von demokratischen und oft auch bürokratischen Strukturen sondern um eine für jeden Menschen erlebbare und erfahrbare Demokratie.